

Wie man den Bankenplatz wieder flott machen kann

Der Ökonom Christian Keusnigg will die heimische Bankenwelt umkrepeln. In einer Studie fordert er mehr Anreize für Risikokapital und weniger Regulierungen. Wir haben ihn zum Interview gebeten.

Seit der Krise vor sieben Jahren kämpft die Bankenwelt mit sich selbst. Nun haben Sie ein neues Konzept für den Finanzplatz vorgestellt. Was würden Sie ändern?

Christian Keusnigg: Es gibt drei Bereiche, die mein Konzept ausmachen. Ein Punkt ist die Regulierung, da muss Österreich zwar die internationalen Entwicklungen mitmachen, man hat aber auch einiges selbst in der Hand. Der zweite Punkt ist die größere Schwierigkeit, nämlich die heimische Wirtschaftspolitik, die den Weg für die Banken freimachen sollte. Die Abschaffung der Stabilitätsabgabe war dafür ein wichtiger Punkt. Zusätzlich sollte man aber die Eigenkapitalverzinsung steuerlich absetzbar machen und dadurch Anreize zur Fremdverschuldung abbauen. Die aktuellen Regelungen widerspricht hier dem Anliegen der Regulierer, weil durch die Besteuerung von Zinserträgen der Aufbau von Eigen-

kapital erschwert wird. Der dritte Punkt meines Konzeptes sind Anreize für mehr Risikokapital. Gerade eine innovative Wirtschaft braucht deutlich mehr Risikobereitschaft, und das könnte man erreichen, indem sich der Staat am Risiko beteiligt. Immerhin schöpft er später bei den Erträgen dieser Papiere auch viel ab.

Halten Sie den österreichischen Bankenplatz derzeit für konkurrenzfähig?

Keusnigg: Es gibt immer ein Volumen des Bankensektors, das es in jedem Land geben wird. Österreichs Banken haben aber einige Sonderprobleme, die die Konkurrenzfähigkeit beschneiden. Dazu gehören eine große Bankendichte und ein teures Zweigstellennetz.

Sie sehen die Nähe zum Kunden also als Nachteil?

Keusnigg: Nicht nur, aber die Filialen sind auch ein großer Kostenfaktor. Das Filialnetz sollte

grundsätzlich so dicht sein, wie es der Kunde verlangt. Viele nutzen aber lieber das Internet. Natürlich wird es auch in Zukunft Bankstellen geben. Aber jede Filiale wird künftig viel mehr Kunden betreuen müssen. Dadurch, dass das Standardgeschäft im Internet abgewickelt wird, werden die Filialen schließlich entlastet. Das spart Kosten, da im Endeffekt die Anzahl der Filialen reduziert werden kann.

Wo sehen Sie weitere Herausforderungen am heimischen Bankenstandort?

Keusnigg: Insgesamt ist die Profitabilität deutlich niedriger als im vergleichbaren Ausland. Das liegt nicht nur an der hohen Bankendichte, sondern auch an der Politik. Die Bankensteuer ist relativ hoch, durch ihre Abschaffung verbessert sich aber nun einiges. Darüber hinaus müssen die Banken aber zusätzliche Regulierungskosten tragen. Hier muss eine Verbesserung das vorrangige Ziel sein.

Derzeit sucht man nach dem Brexit einen Nachfolger für den Finanzplatz London.

Welche Chancen sehen Sie da für Österreich?

Keusnigg: Das, was in London abwandern wird, sind eher die Kapitalmarktgeschäfte, wie der Handel mit Eurobonds und anderen Wertpapieren. Österreich ist dafür leider nicht gut gerüstet, weil der Kapitalmarkt einfach zu wenig Volumen hat und daher nicht attraktiv ist. Da haben große Märkte wie Frankfurt deutlich bessere Karten. Selbst die Schweiz wird mit ihrem großen Kapitalmarkt nicht besonders viel abschneiden können, weil ihnen die EU-Mitgliedschaft fehlt.

In den USA zeichnet sich nun eine Lockerung der Regeln für die Banken ab. Was bedeutet das für Europa?

Keusnigg: Klar wirkt sich das auch auf Europa aus. Wenn Regeln entschärft werden, dann schafft das Freiräume. Der Sinn dieser Bestimmungen war ja,



Spitzenforschung „made in Styria“

Zwölf Millionen Euro für Forschung: Von acht neuen COMET-Forschungsprojekten sind sieben mit steirischer Beteiligung.

Sie sind eine echte Erfolgsgeschichte, die Kompetenzzentren in der Steiermark. Seit 1998 gibt es das COMET-Programm des Bundes, das der verstärkten Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft dient. Und jetzt kann die Steiermark ihre Position als

„Kompetenz“-Standort Nummer eins weiter ausbauen, werden doch in den kommenden Jahren bundesweit zwölf Millionen Euro in Spitzenforschung investiert. Damit können Forschungsprojekte im Wert von 43 Millionen Euro umgesetzt werden. Von acht bundesweit genehmigten Projekten sind sieben mit steirischer Beteiligung und sechs mit Hauptsitz in der Steiermark angesiedelt.

Konkret handelt es sich um die Projekte „SafeBattery Graz“, „PolyTherm Leoben“, „ReWaste 4.0

Leoben“, „WoodCar Weiz“, „DeSS-net Graz“ und „CC Flow Graz“. Mit steirischer Beteiligung geht das Projekt „FLIPPR² Kärnten“ über die Bühne.

„Durch die enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft können rasch innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen entwickelt werden. Das stärkt den Standort Steiermark und macht ihn für internationale Unternehmer und Spitzenforscher attraktiv“, so Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann. ■



Die Steiermark etabliert sich als Forschungsland Nummer eins



Foto: ROLAND SCHLAGER / APA / picturedesk.com

Die komplette Finanzplatz-Studie von Christian Keuschnigg finden Sie hinter diesem Link: <http://bit.ly/2fEgFG0>



Risiko abzubauen, und weil manches nicht funktioniert, ist es nur logisch, diese Regeln wieder zu beseitigen. Wenn Europa da im internationalen Umfeld nicht mitzieht, gerät man in Rückstand.

Die niedrigen Zinsen der EZB sind immer ein Thema. Sind sie alternativlos?

Keuschnigg: Alternativlos waren sie nie. Die EZB wird über kurz oder lang da aussteigen müssen, und Anzeichen dafür gibt es ja bereits. Die Inflation wird wieder anziehen, und wenn das der Fall ist, werden auch die Nominalzinsen steigen. Dann muss auch die EZB ihre expansive Politik wieder reduzieren. **NEM ■**

ZUR PERSON

Christian Keuschnigg ist Wirtschaftsprofessor an der Universität St. Gallen. Der ehemalige Direktor des IHS gründete 2015 das Wirtschaftspolitische Zentrum Wien (WPZ).

Der Finanzplatz braucht eine Reform

In seiner Studie zum Finanzplatz Österreich fordert Keuschnigg ein politisches Maßnahmenpaket.

„Ein leistungsfähiger Finanzplatz ist entscheidend für Wachstum und Stabilität eines Landes“, ist Christian Keuschnigg überzeugt. Um diesen nun zu stärken, fordert er von der Bundesregierung in einer vielbeachteten Studie zehn Maßnahmen. Neben einer europäischen Kooperation

bei der Eigenkapitalausstattung der Banken und einer Bankenunion fordert er einen Verzicht des „Österreich-Zuschlags“ bei den Kapitalanforderungen. Auch die Stabilitätsabgabe hält er für kontraproduktiv und regt eine Reform der Bankenabgabe an. Durch eine steuerliche Absetzbarkeit von Eigenkapitalrendite will er einen Verschuldungsanreiz beseitigen. Außerdem sollten Anleger gefördert werden, die Risiko übernehmen und so eine innovative Wirtschaft ermöglichen.

Außerdem fordert Keuschnigg, dass der Investorenschutz überprüft wird, um das Vertrauen der Anleger zu stärken. Um mehr privates Wagniskapital anzulocken, müssten seiner Meinung nach bürokratische Gründungshemmnisse abgebaut werden. Der Ökonom sieht auch Defizite in Sachen Finanzwissen bei der österreichischen Bevölkerung. Deshalb brauche es eine umfassende Informationskampagne über Anlagemöglichkeiten jenseits des Sparbuchs. ■



Bonus-Malus – ein Anreiz?

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Beschäftigungsquote von ArbeitnehmerInnen, älter als 55 Jahre, anzuheben.

Zum Stichtag 30.06.2017 müssen für über 55-Jährige gestaffelte Beschäftigungsquoten (33,1% – 73,6%) österreichweit erfüllt werden. Wird eine der Quoten nicht erreicht, tritt ab 2018 ein Bonus-Malus-System für Betriebe mit durchschnittlich über 25 vollversicherten DienstnehmerInnen in Kraft.

Bonus
Erreicht oder übererfüllt man die vorgeschriebenen Quoten im Branchendurchschnitt, erhält das Unternehmen einen Bonus in Form einer Senkung der Lohnnebenkosten in Höhe von 0,1 % des Dienstgeberbeitrags zum FLAF im nachfolgenden Kalenderjahr.

Malus
Für Unternehmen, die unter dem Branchenvergleich liegen, erhöht sich die Auflösungsabgabe (2017: verm. € 124) im darauf folgenden Kalenderjahr jeweils auf den doppelten Betrag.

Ob das Bonus-Malus-System geeignet ist, die Beschäftigung von über 55-Jährigen zu fördern, sei dahingestellt - dafür sind die Konsequenzen vermutlich zu gering. Mit Ihrer Personalplanung können Sie aber das Inkrafttreten beeinflussen.

Ein Tipp von:



Mag. Wolfgang Hackstock
GRAZER TREUHAND
STEUERBERATUNG GmbH & Partner KG
Petersgasse 128a
A-8010 Graz



Engeltliche Einschaltung